

Sozialpolitik von rechts als nationale Erneuerung?

Roland Atzmüller

Einleitung

Radikal rechte bzw. rechtspopulistische und in manchen Ländern sogar neofaschistische Bewegungen und Parteien (vgl. Mason 2022; Mudde/Rovira Kaltwasser 2019; Frankenberg/Heitmeyer 2022) konnten in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten, insbesondere aber seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und ihrer Folgen, die sich intensivierenden und vielfältigen Krisenerscheinungen kapitalistischer Gesellschaftsformationen für eine neue Welle politischer Mobilisierungen nutzen. In einigen Ländern gelang es ihnen bereits in Regierungsverantwortung kommen. Wesentlich für diese Erfolge ist, dass sie die ökonomischen Krisenerscheinungen und die Fluchtbewegungen seit dem sogenannten »Sommer der Migration« (Becker 2022) zu einer hochgradig selektiven und verzerrten Thematisierung sozialer Probleme nutzen. Dabei oszillieren die radikal rechten Diskurse zur Migration zwischen Behauptungen, Europa werde von Armutsmigrant*innen überrannt und die zu ihrer Versorgung anfallenden Kosten überfordere die Wohlfahrtsstaaten einerseits, und ihre Konstruktion als Sicherheitsrisiko aufgrund angeblich höherer Kriminalitätsraten, sexueller Übergriffe oder terroristischer Ideologien andererseits. Insgesamt werden sie zum Fanal eines von den sogenannten globalistischen Eliten geplanten Bevölkerungsaustausches erklärt.

Die zunehmend radikalisierten Argumentationen dieser Kräfte (Stichwort Remigration) gegen Migration stellen einen wichtigen Bestandteil ihrer zunehmend kohärenten und umfassenden Diskurse über angebliche Bedrohungen für die Gesellschaft, dem behaupteten Verrat (linker) Eliten in Staat, Medien und Kultur und notwendigen politischen Änderungen dar (vgl. Mason 2022; Mudde 2020; Frankenberg/Heitmeyer 2022; Roepert 2020). Als Alternative präsentieren diese Kräfte zunehmend weitreichendere Vorstellungen national-autoritärer Änderungen, um die Gesellschaften Europas vor diesen Ten-

denzen im Inneren und von Außen zu schützen. Der Erfolg dieser Strategien manifestiert sich in spezifischen Verknüpfungen antagonistischer diskursiver Strategien. Diese sind auf die Erlangung einer hegemonialen Position ausgerichtet (vgl. Wodak 2016) und verbinden sich mit weitreichenden Politikvorstellungen. Dafür stehen exemplarisch zunehmend ausdifferenzierte Vorstellungen und Strategien zum Umbau des Wohlfahrtsstaates und der Reorganisation der Sozialpolitik (vgl. Rathgeb 2024). Diese wird zu einem wichtigen Hebel der von der radikalen Rechten anvisierten autoritären gesellschaftlichen Veränderungen (vgl. Fischer 2020).

In den programmatischen Vorstellungen zur Sozialpolitik geht es darum, unliebsame gesellschaftliche Gruppen abzuwehren bzw. zum Objekt repressiver Politik zu machen, weil sie die nationale Identität bedrohen und eine Belastung für die autochthone Bevölkerung darstellen, auf deren Kosten sie angeblich leben. Darüber hinaus sollen dadurch jene Instrumente durchgesetzt werden, mit denen die national und volkgemeinschaftlich definierte Gesellschaften gemäß traditionalistischen Vorstellungen zu Familien- und Geschlechternormen, der Bereitschaft zu harter Arbeit (meist verstanden als Erwerbsarbeit) im Sinne einer nationalen Identität gestaltet und erneuert werden können. Folgerichtig können drei Dimensionen eines entstehenden Dispositivs radikal rechter Sozialpolitik entlang dieser Felder herausgearbeitet werden (ausführlich: Atzmüller 2022; Atzmüller/Knecht 2023). Diese zielen erstens auf eine Renationalisierung (und in manchen Staaten auch eine Re-Christianisierung) der Sozialpolitik und auf eine Abwehr von Migration, zweitens auf die Durchsetzung traditioneller Familienformen und Geschlechternormen sowie drittens auf eine zunehmend punitiv und edukativ ausgerichtete Unterordnung unter die Bereitschaft zur Erwerbsarbeit.

Im Folgenden werde ich zuerst Überlegungen zu den diskursiven Strategien der radikalen Rechten entwickeln, die darauf abzielen, die Gesellschaften auch in sozialpolitischen Bereichen entlang bestimmter Dimensionen (z.B. Armut und die Legitimation des Sozialleistungsbezugs) zu polarisieren. Im darauffolgenden Abschnitt werde ich versuchen, wesentliche Dimensionen eines entstehenden sozialpolitischen Dispositivs der radikalen Rechten darzustellen. Diese bestehen in der Renationalisierung (und in manchen Ländern Re-Christianisierung) von Sozialpolitik, der Forcierung traditioneller Familienstrukturen und geschlechtlicher Arbeitsteilungen sowie punitiv-edukativer Armuts- und Arbeitsmarktpolitik. Der Beitrag endet mit einigen abschließenden Überlegungen.

Radikal rechte Diskursstrategien und antagonistische Brüche

Die Akteur*innen der radikalen Rechten bedienen sich einer Reihe von diskursiven Operationen, die ich im Folgenden entlang von drei Dimensionen kurz skizzieren möchte. *Erstens* ist es ihnen gelungen, Migration und damit verbundene gesellschaftliche Probleme zu einem universellen Signifikanten (vgl. Laclau/Mouffe 1991) zu machen, auf den eine Vielzahl, wenn nicht gar alle weiteren sozialen Problemlagen bezogen werden können. Die oben angedeutete ambivalente Perspektive auf Migration, macht Migrant*innen entweder zur Welle/Flut/Invasion einer den »Fleißigen und Anständigen« (Jörg Haider, ehem. Vorsitzender der FPÖ) auf der Tasche liegenden Armutsbevölkerung oder einer sicherheitspolizeilichen fünften Kolonne von Gefährdern, die die Reproduktion der Gesellschaft bedrohen. Durch diese Ambivalenzen wird Migration zum Moment diskursiv erzeugter Äquivalenzketten, sodass alle hegemonialen Kämpfe darauf zurückverwiesen werden können. Die migrationsbezogenen Äquivalenzketten erweisen sich nicht zuletzt aufgrund der skizzierten Ambivalenzen *zweitens* als so flexibel und polyvalent, dass sie mit anderen Signifikanten artikuliert werden können. Mit Blick auf sozialpolitische Vorstellungen der radikalen Rechten ist hier insbesondere auf Veränderungen im Bereich der Geschlechterverhältnisse (Emanzipationsprozesse von Frauen oder Veränderung von Familienformen) sowie der Relativierung sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (Stichwort LGBTIQ* und Transrechte) (vgl. Bargetz/Eggers 2022; Sauer 2022) zu verweisen. Zu erwähnen ist weiters ihre Verknüpfung mit spezifischen Perspektiven auf Arbeitsmarktprobleme, Verarmungsprozesse und die Legitimation des Zugangs zu sozialen Unterstützungsleistungen. Der in kapitalistischen Gesellschaften geforderte Arbeitsethos wird in rechten Diskursen nicht nur radikalisiert, sondern zum Kriterium nationaler Exklusion- und Hierarchisierungsprozesse, welche die von Armut betroffenen Menschen – nicht nur wenn es sich um Zuwander*innen handelt – zum national und volksgemeinschaftlich Anderen erklärt. Ihr hegemoniales Potenzial kann diese diskursive Strategie *drittens* aber erst dann voll entwickeln, wenn es ihr gelingt, einen gesellschaftlichen Antagonismus, eine fundamentale Bruchlinie bzw. Polarisierung (in) der Gesellschaft zu konstruieren (vgl. Laclau/Mouffe 1991), entlang derer Raum für eine grundlegende autoritäre Neuordnung geschaffen werden kann. Aus solchen (innerstaatlichen) dezisionistisch grundierten Freund-Feind-Unterscheidungen können politische Entscheidungen entwickelt werden, wie sie in den radikal rechten Regierungsprojekten in Ungarn oder Polen sichtbar

geworden sind (vgl. Lendvai-Bainton/Szelewa 2020; Grudzinka 2021). Diese versuchen die Handlungsmöglichkeiten von Akteur*innen, die dem radikal rechten Transformationsprojekt entgegenstehen – sei es in staatlichen Institutionen (Universitäten, Gerichten, nationale Rundfunkorganisationen usw.), sei es in der Zivilgesellschaft, Kultur oder in den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften – sukzessive einzuschränken. Der derart erzeugte Antagonismus wird in den rechten Diskursen nicht nur auf die angebliche Zerstörung der Nation durch Bevölkerungsaustausch bezogen, sondern zu einem umfassenden Narrativ erweitert. So wird er mit Vorstellungen verbunden, die den Schutz der angeblich »natürlichen Ordnung« zwischen den Geschlechtern und der darauf aufbauenden Familienformen mit den als gesellschaftszersetzend gebrandmarkten Relativierungen der sexuellen und geschlechtlichen Strukturen und Normen, die durch linke und internationale Eliten (etwa der EU) forciert würden, konfrontiert (vgl. Grudzinka 2021). Darüber hinaus werden Arbeits- und Leistungsbereitschaft und die Unterwerfung unter den Zwang zur Erwerbsarbeit, zu zentralen Elementen der Wiederherstellung nationaler Größe erklärt.

Sozialpolitische Vorstellungen der radikalen Rechten

Die Schwierigkeit, die gesellschaftspolitische Spezifik radikal rechter Sozialpolitik- und Wohlfahrtsstaatsprogrammatiken für die autoritäre Transformation der Gesellschaft adäquat einschätzen zu können, liegt darin, dass in den alltäglichen politischen Auseinandersetzungen konkrete Reformvorschläge der radikalen Rechten oft an existierenden wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und Logiken ansetzen und daher Kontinuität zu vermitteln scheinen. Dazu kommt noch, dass in vielen Ländern Mainstreamparteien begonnen haben, Versatzstücke rechter Sozialpolitikvorstellungen zu übernehmen. Gerade deshalb erweist sich ein systematischer Blick auf die diskursiven Strategien der radikalen Rechten und ihre Narrative als äußerst wichtig. Die zentralen Signifikanten dieser Diskursstrategien, wie etwa Migration und ihre Abwehr oder die Wiedererrichtung traditioneller Geschlechternormen und Familienformen, erlauben nämlich die Untersuchung der von diesen Akteur*innen vorgestellten Zusammenhänge zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Problemlagen und den anvisierten autoritären Veränderungen und Umbaustrategien.

Renationalisierung

Radikal rechts geführte bzw. beeinflusste Regierungen versuchen eine Renationalisierung (und in manchen Staaten eine Rechristianisierung) von Sozialpolitik durchzusetzen. Damit gehen sie über bisherige, an die Staatsbürger*innenschaft gebundene Voraussetzungen des Zugangs zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und der Sortierung von Anspruchsberechtigungen hinaus. Sie richten sich grundlegend gegen die sogenannte ›Immigration in die Sozialsysteme‹ oder den sogenannten ›welfare tourism‹ und die daraus folgenden ›Belastungen‹ für die Sozialkassen, da – wie oben ausgeführt – ja unterstellt wird, es handle sich bei den Einwander*innen hauptsächlich um Armutsmigrant*innen (vgl. Ennser-Jedenastik 2020; Tálos 2019; Jørgensen/Thomsen 2016). Problematisch an deren Zugang zu Sozialleistungen sei, dass dieser ihnen ermögliche, in den Einwanderungsländern Fuß zu fassen. Das ziehe weitere (Armuts-)Zuwanderung nach sich und forciere den Bevölkerungstausch. Migration werde so zu einer Belastung der autochthonen Bevölkerung, die nicht nur die Ausgaben für die als solche positionierten ›Fremden‹ stemmen müsse, sondern auch durch Kürzungen der Sozialbudgets und hohe Abgaben, die die Folge davon seien, belastet sei (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020). Die ›einheimische Bevölkerung‹ werde unter dem Deckmantel der Armutsbekämpfung durch die Sozialleistungen an Migrant*innen und deren Familienangehörige ausgebeutet. Die autoritäre Nationalisierung von Sozialpolitik zielt also darauf ab, diese zu einem Instrument zur Abwehr der Immigration in die Sozialsysteme und des sozialen Ausschlusses von Zuwander*innen umzubauen. Eine Integration von Migrant*innen ist in diesen Politikvorstellungen nur noch als vollständige Assimilation an die ›autochthone‹ Bevölkerung und Unterordnung unter eine behauptete Leitkultur akzeptabel.

In Ländern wie Ungarn oder Polen (vgl. Lendvai-Bainton/Szelewa 2020) verbinden sich derartige Entwicklungen mit einer Rechristianisierung sozialpolitischer Aktivitäten. Dabei wird beispielsweise der Einfluss der Kirche auf das Bildungssystem verstärkt und religiösen Institutionen die Umsetzung sozialpolitischer Programme übertragen (vgl. Stubbs/Lendvai-Bainton 2020). Die Betonung der christlichen Traditionen wird aber auch von rechten Parteien in den westlich orientierten Staaten Europas forciert, wie etwa in Schweden (vgl. Norocel 2016) oder zeitweilig auch in Österreich von der traditionell eher antiklerikalen FPÖ (vgl. Rheindorf/Wodak 2019). Die radikal rechte Programmatik versucht ein Verständnis von Armutspolitik zu stärken, wonach nicht

die Bedürftigkeit einer Person den Anspruch auf Grundsicherungsleistungen qua ihrer Existenz begründet, sondern vielmehr erwartet wird, dass der*die Betroffene bereits durch Arbeitsleistungen zum nationalen Sozialsystem beigetragen und sich damit als gesellschaftlich wertvoll erwiesen hat (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020). Der Beitrag zur national definierten Solidargemeinschaft kann außerdem in der Erzeugung von Nachwuchs liegen (vgl. Butterwegge 2020; Lendvai-Bainton/Szelewa 2020; Szelewa/Polakowski 2020), was aber Kinder migrantischer Familien nicht inkludiert.

Dies trägt zur Reetablierung eines nationalistisch grundierten Verständnisses von Arbeit und Leistung bei, über die der Wert eines Menschen für die nationale Gemeinschaft bestimmt und woran der Erwerb von sozialen Rechten gebunden werden soll. Migrant*innen, aber auch anderen Teilen der Armutsbevölkerung wird formal eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte in Aussicht gestellt, wenn sie diese Verhaltenserwartungen erfüllen. Gleichzeitig werden aber Maßnahmen entwickelt, die diese Integration explizit verbauen, weil sie an kaum erreichbare Bedingungen geknüpft wird – wenn etwa Sprach- und Integrationskurse gekürzt werden, wie in Österreich oder Schweden (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020; Dahlstedt/Neergaard 2019). Solche Maßnahmen machen die explizit exkludierenden Strategien rechter Sozialpolitik sichtbar, deren Ziel die Abwehr und Marginalisierung sozialer Gruppen ist, die der autochthonen bzw. produktiven Bevölkerung angeblich auf der Tasche liegen.

Die Förderung traditionell patriarchaler Familienstrukturen

Radikal rechte Sozialpolitikkonzepte forcieren weiters traditionell patriarchale Familienstrukturen und geschlechtliche Arbeitsteilungen. Das kann als Anknüpfung an die Logik konservativer Wohlfahrtsstaatsregime interpretiert werden. Radikal rechte Familienpolitik wird dabei aber zunehmend an bevölkerungspolitische sowie national und religiös-christlich begründete Vorstellungen zur Kleinfamilie als ›Keimzelle der Nation‹ (Erhöhung der Geburtenrate) gebunden. Die Geburtenrate soll erhöht und der demographischen Bedrohung durch Migration entgegengearbeitet werden (vgl. Szelewa/Polakowski 2020; Butterwegge 2020). Im Zentrum rechter familienpolitischer Maßnahmen stehen daher explizit natalistische Strategien, die etwa in Ländern wie Polen oder Ungarn bestimmte Sozialleistungen oder Steuererleichterungen für Familien an eine bestimmte Zahl von Kindern knüpfen. Auch das Rentenprogramm der AfD in Deutschland sieht finan-

zielle Anreize, wie Zuschüsse bei den Rentenbeiträgen, zur Erhöhung der Geburtenrate vor (vgl. Butterwegge 2019, 2020). In Österreich wurde von der konservativen und radikal rechten Koalitionsregierung der Jahre 2017–2019 ein sogenannter Familienbonus (vgl. Tálos 2019) implementiert, der hauptsächlich den Mittelschichten zu Gute kommt, da die zu lukrierende Summe von der Steuerleistung abhängig ist. Insgesamt ist die Familienpolitik der radikalen Rechten an den »richtigen« Familien orientiert, also den »fleißigen und anständigen« (Jörg Haider, ehemaliger FPÖ-Vorsitzender) Repräsentant*innen der Nation im Gegensatz etwa zu muslimischen Mehrkindfamilien (vgl. Lugosi 2018).

Zusätzlich zu diesen Strategien werden Maßnahmen entwickelt, die die Spielräume und Ressourcen für unterschiedliche Lebensformen und sexuelle wie geschlechtliche Orientierungen zu begrenzen und disziplinieren, ja im Extremfall sogar aktiv zu unterbinden versuchen. Rechts dominierte Regierungen versuchen feministische und queere Strukturen, etwa an den Universitäten oder in der Zivilgesellschaft als Bedrohung für »normale« Familien, die auf eine Frühsexualisierung der Kinder abzielten, zu brandmarken und zu zerschlagen. Entsprechende Maßnahmen sind etwa in Ungarn oder Polen, aber auch in Österreich, in den letzten Jahren einflussmächtig geworden (vgl. Lendvai-Bainton/Szelewa 2020; Szelewa/Polakowski 2020; Tálos 2019; Mayer/Sori/Sauer/Ajanovic 2018).

Workfaristische Beschäftigungsprogramme als Selbstzweck

Drittens knüpfen rechte Sozialpolitiken an den workfaristischen Rekonfigurationen der (aktivierenden) Arbeitsmarktpolitik und Armutspolitik (vgl. Greer 2016; Kessler 2023) an, wie sie von (zunehmend autoritär-)neoliberalen Reformprojekten (vgl. Bruff 2016) seit Anfang der 1980er Jahre durchgesetzt wurden. Auch wenn hier die Konturen eher noch unklar sind, da offene Diskriminierungen gerade im europäischen Kontext schwierig sind, zeigt sich, dass die rechten Weiterentwicklungen dieser Strategien von etwas anderen Prämissen ausgehen und daher andere Zielsetzungen verfolgen. So setzen neoliberale Vorstellungen an den Individuen an und gehen davon aus, dass diese etwa aufgrund falscher Anreizsysteme und inadäquater Regulierungen aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Eine rasche (Re-)Integration in Beschäftigung ist daher die beste Strategie. Daraus kann in der neoliberalen Praxis eine Verpflichtung für die erwerbsarbeitslosen Personen werden, die durch die Rekommodifizierung der Sozialpolitik und verstärkte Sanktionierungen

von bestimmten Verhaltensmustern durchgesetzt wird. Den radikal rechten Vorstellungen geht diese Perspektive auf einzelne Individuen tendenziell ab (vgl. Dahlstedt/Neergaard 2019; Stubbs/Lendvai-Bainton 2020). Sie sehen eher die nationale Gemeinschaft durch verschiedene soziale Gruppen, wie Migrant*innen oder von Armut betroffene Personen, bedroht, da diese nicht oder nur schwer in die Gesellschaft integriert werden könnten. Eine Ethnisierung und Kulturalisierung der Vorstellungen von Armut soll durchgesetzt werden. Die Versorgung von armutsbetroffenen Personen mit wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wird explizit als eine Belastung für die autochthone und arbeitswillige Bevölkerung dargestellt.

Workfaristische Maßnahmen werden in neoliberalen Reformstrategien eher begrenzt und sehr spezifisch eingesetzt. Es dominieren sanktionsbedingte Kürzungen von Unterstützungsleistungen, Bewerbungstrainings, Job-Coachings, einfache Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitstrainings (vgl. Peck 2001). Diese Zurückhaltung rührt aus dem Vorbehalt, dass verpflichtende Beschäftigungsprogramme der öffentlichen Arbeitsbeschaffung Arbeitsmarktlogiken blockieren oder gar ersetzen könnten.

Damit haben radikal rechte Sozialpolitikkonzepte jedoch ein geringeres Problem. Dementsprechend wird die Zielsetzung workfaristischer Programme tendenziell geändert. Dies zeigt sich zum Beispiel am Ausbau der punitiv-educativen Anteile. Die geforderten Arbeitsleistungen sollen verhindern, dass sich illegitime Bezieher*innen von Transferleistungen auf Kosten der autochthonen Bevölkerung ein gutes Leben machen (vgl. Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019). Integration in den Arbeitsmarkt als Voraussetzung für gesellschaftliche Integration ist immer weniger Ziel radikal rechter Beschäftigungsprogramme.

Es liegt daher die Interpretation nahe, dass die Bindung von Unterstützungen an Arbeitsleistungen und der Ausbau von Sanktionsregimen nicht mehr unbedingt Gewöhnungseffekte an Arbeitslosigkeit verhindern und das sogenannte Arbeitsethos erhalten sollen. Vielmehr werden Bestrafung und Erziehung durch Arbeit in Beschäftigungsprogrammen mehr und mehr zum Selbstzweck. Dies soll erstens auf Zuwander*innen abschreckend wirken, sowie zweitens bei allen von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen Unterordnung und Disziplin durchsetzen. So kann die Bewährungsprobe in workfaristischen Arbeitsprogrammen zur Aufenthaltsvoraussetzung für Personen mit Asylstatus werden (vgl. Jørgensen/Thomsen 2016). Auch für andere Gruppen der Armutsbevölkerung, wie Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfebezieher*innen, stellen unter diesen Bedingungen workfaristische

Maßnahmen weniger ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt dar, sondern werden zur dauerhaften Verpflichtung, um überhaupt Unterstützungsleistungen beziehen zu können (vgl. Becker 2018; Stubbs/Lendvai-Bainton 2020). Es ist daher nicht verwunderlich, dass die erzieherisch-punitiven Dimensionen dieser Programme sukzessive auf Maßnahmen ausgedehnt werden, die auf eine forcierte Anpassung der ihnen ausgesetzten Personen an die national definierte Leitkultur abzielen (z.B. Wertekurse für Migrant*innen) und die Kontrolle des Konsum- und Freizeitverhaltens von Leistungsbezieher*innen inkludieren (Sachleistungsbezug statt monetäre Leistungen, räumliche und zeitliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit für spezifische Gruppen, Bezahlkarten für Asylbewerber zur Kontrolle deren Konsumverhaltens usw.) (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020).

Abschließende Bemerkungen

Ich habe in diesem Beitrag versucht, Elemente eines entstehenden Dispositivs radikal rechter Programmatiken zur Sozialpolitik und zum Umbau des Wohlfahrtsstaates herauszuarbeiten. Diese lassen sich an Strategien der Renationalisierung (und Rechristianisierung), der Förderung traditioneller Familienstrukturen und geschlechtlicher Arbeitsteilungen sowie einem Ausbau punitiv-edukativer Beschäftigungsprogramme zur Durchsetzung von Arbeits- und Leistungsbereitschaft sowie zur Abschreckung von Zuwanderung festmachen. Auch wenn einzelne Elemente der unter diesen Dimensionen umgesetzten Strategien auch von anderen politischen Kräften übernommen werden, so verweist gerade ihre Artikulation mit den diskursiven Strategien der radikalen Rechten auf den inneren Zusammenhang einer rechten Sozialpolitik. Diese zielt darauf ab, Sozialpolitik zum Hebel eines national-autoritären Umbaus von Gegenwartsgesellschaften zu machen, der gegen einen von globalistischen Eliten forcierten Bevölkerungsaustausch in Anschlag gebracht wird. Die skizzierten sozialpolitischen Strategien sind daher wesentliches Moment der innerstaatlichen Freund-Feind-Unterscheidung und daher stets mit Angriffen auf demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen und Akteur*innen verbunden.

Literatur

- Atzmüller, Roland (2022): »Renationalisierung der Sozialpolitik. Die Zerstörung gesellschaftlicher Solidarität durch autoritären Populismus und neue Rechte«, in: Sigrid Betzelt/Thilo Fehmel (Hg.), *Deformation oder Transformation? Analysen zum wohlfahrtsstaatlichen Wandel im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden: Springer VS.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban (2023): »Sozialpolitik von rechts? Überlegungen zu den gesellschaftspolitischen und ideologischen Grundlagen autoritär-populistischer und extrem rechter Sozialpolitikkonzepte«, in: Roland Atzmüller/Fabienne Décieux/Benjamin Ferschli (Hg.), *Ambivalenzen in der Transformation von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat*, Weinheim, Basel: Beltz Verlagsgruppe, S. 159–178.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban/Bodenstein, Michael (2020): »Punishing the poor and fighting ›immigration into the social system‹ – Welfare reforms by the conservative and far-right government in Austria 2017–2019«, in: Lisa Borelli und Yann Böchsler (Hg.), *Schwerpunktheft: Governing the Poor*, *Zeitschrift für Sozialreform/Journal of social policy research* 66, S. 525–552.
- Bargetz, Brigitte/Eggers, Nina E. (2022): »Versprechen auf Souveränität im autoritären Populismus. Eine feministische Kritik«, in: Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 389–414.
- Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (2019): *Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten (= Edition DISS)*, Münster: Unrast Verlag.
- Becker, Joachim (2018): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis*, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Becker, Uwe (2022): *Deutschland und seine Flüchtlinge. Das Wechselbad der Diskurse im langen Sommer der Flucht 2015 (= X-Texte zu Kultur und Gesellschaft)*, Bielefeld: transcript.
- Bruff, Ian (2016): »Neoliberalism and authoritarianism«, in: Simon Springer/Kean Birch/Julie MacLeavy (Hg.), *Handbook of Neoliberalism*, Florence: Taylor and Francis, S. 107–117.

- Butterwegge, Christoph (2019): »Antisozialer Patriotismus: Die Rentenpläne der AfD«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 9, S. 99–106.
- Butterwegge, Christoph (2020): »Sozial- und Rentenpolitik für die kleinen Leute?«, in: *Makroskop*.
- Dahlstedt, Magnus/Neergaard, Anders (2019): »Crisis of Solidarity? Changing Welfare and Migration Regimes in Sweden«, in: *Critical Sociology* 45, S. 121–135.
- Ennser-Jedenastik, Laurenz (2020): »The FPÖ's welfare chauvinism«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 49, S. 1.
- Fischer, Andrew M. (2020): »The Dark Sides of Social Policy: From Neoliberalism to Resurgent Right-wing Populism«, in: *Development and Change* 51, S. 371–397.
- Frankenberg, Günter/Heitmeyer, Wilhelm (2022): »Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krise«, in: Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 15–86.
- Greer, Ian (2016): »Welfare reform, precarity and the re-commodification of labour«, in: *Work, Employment and Society* 30, S. 162–173.
- Grudzinka, Anna (2021): »Make misogyny great again. Anti-gender politics in Poland«, in: Martin Mejsstrik/Vladimier Handl (Hg.), *Current populism in Europe. Gender backlash and counter-strategies*, S. 23–36.
- Jørgensen, Martin B./Thomsen, Trine L. (2016): »Deservingness in the Danish context: Welfare chauvinism in times of crisis«, in: *Critical Social Policy* 36, S. 330–351.
- Kessl, Fabian (2023): »Der aktivierende Sozialstaat: Zur Wirkmächtigkeit eines dethematisierten Programms«, in: Roland Atzmüller/Fabienne Décieux/Benjamin Ferschli (Hg.), *Ambivalenzen in der Transformation von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat*, Weinheim, Basel: Beltz, S. 54–69.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Springer.
- Lendvai-Bainton, Noemi/Szelewa, Dorota (2020): »Governing new authoritarianism: Populism, nationalism and radical welfare reforms in Hungary and Poland«, in: *Social Policy & Administration* 55, 4, S. 559–572. <https://doi.org/10.1111/spol.12642>

- Lugosi, Nicole V. T. (2018): »Radical right framing of social policy in Hungary: Between nationalism and populism«, in: *Journal of International and Comparative Social Policy* 34, S. 210–233.
- Mason, Paul (2022): *Faschismus. Und wie man ihn stoppt*, Berlin, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mayer, Stefanie/Sori, Iztok/Sauer, Birgit/Ajanovic, Edma (2018): »Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus«, in: *Feministische Studien* 36, 2, S. 269–285. <https://doi.org/10.1515/fs-2018-0032>
- Mudde, Cas (2020): *Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit*, Bonn: dietz.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2019): *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*, Bonn: dietz.
- Norocel, Ov C. (2016): »Populist radical right protectors of the folkhem: Welfare chauvinism in Sweden«, in: *Critical Social Policy* 36, 3, S. 371–390.
- Peck, Jamie (2001): *Workfare states*, New York/London: Guilford Press.
- Rathgeb, Philip (2024): *How the radical right has changed capitalism and welfare in Europe and the USA (= Oxford scholarship online Political Science)*, Oxford: Oxford University Press.
- Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (2019): »»Austria First« revisited: a diachronic cross-sectional analysis of the gender and body politics of the extreme right«, in: *Patterns of Prejudice* 53, S. 302–320.
- Roepert, Leo (2020): *Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus (= Sozialtheorie)*, Bielefeld: transcript.
- Sauer, Birgit (2022): »Stellt sich die Frauenfrage neu in autoritären Verhältnissen?«, in: Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt, New York: Campus, S. 365–388.
- Stubbs, Paul/Lendvai-Bainton, Noémi (2020): »Authoritarian Neoliberalism, Radical Conservatism and Social Policy within the European Union: Croatia, Hungary and Poland«, in: *Development and Change* 51, S. 540–560.
- Szelewa, Dorota/Polakowski, Michał (2020): »The »ugly« face of social investment? The politics of childcare in Central and Eastern Europe«, in: *Social Policy & Administration* 54, S. 14–27.
- Tálos, Emmerich (Hg.) (2019): *Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz*, Wien: LIT.
- Wodak, Ruth (2016): *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*, Wien, Hamburg: Edition Konturen.